

Claus Vogt Marktkommentar - Ausgabe vom 22. Januar 2016

Klare Signale bestätigen die Aktienbaisse - Verdienen Sie jetzt an fallenden Kursen

- Topformationen wie aus dem Lehrbuch signalisieren fallende Kurse
- Chartanalyse bestätigt mein umfangreiches Prognosemodell
- Rechnen Sie mindestens mit einer Halbierung des Weltleitindex S&P 500
- Bärenmärkte offerieren Ihnen phantastische Gewinnchancen
- Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen?
- Die steuerfinanzierten Orchester
- Gebt dem Staat, was des Staates ist - aber nicht mehr! - von Frank Schäffler

Bedeutende Topformationen soweit das Auge reicht

Liebe Leser,

die Titanic sinkt, aber das Orchester spielt weiter, und die meisten Gäste tanzen noch. So lässt sich die aktuelle Lage an den Aktienmärkten am besten beschreiben.

Als beispielhafte Illustration dieser Aussage zeige ich Ihnen den folgenden Chart des NYSE Composite Index. Dieser marktweite Aktienindex umfasst alle der mehr als 1.900 an der New York Stock Exchange (NYSE) gehandelten Aktien und mehr als 90% der US-Marktkapitalisierung.

Topformationen wie aus dem Lehrbuch signalisieren weiter fallende Kurse

Was Sie hier sehen, ist eine mächtige Topformation, deren Entwicklung mehr als zwei Jahre gedauert hat. Die untere Begrenzung oder Nackenlinie dieser Formation wurde in den vergangenen Tagen klar und deutlich von den Kursen durchbrochen. Damit wurde ein eindeutiges Verkaufssignal gegeben und der Beginn einer zyklischen Baisse bestätigt. Außerdem sitzen inzwischen alle Anleger, die im August 2013 oder danach gekauft haben, auf Verlusten.

Die Dauer und das Ausmaß dieser Topformation deuten auf den Beginn einer besonders schweren Baisse hin. Das gilt auch für die Tatsache, dass sich ähnlich beeindruckende Topformationen nicht nur in anderen US-amerikanischen Indizes zeigen, sondern auch im Rest der Welt.

NYSE Composite Index, 2012 bis 2016



Hier sehen Sie eine mächtige Topformation, die gerade mit einem eindeutigen Baissesignal beendet wurde. Quelle: StockCharts.com

Chartanalyse bestätigt mein umfangreiches Prognosemodell

Damit bestätigt die Chartanalyse die sehr deutlichen Warnsignale, die mein Prognosemodell bereits seit Monaten gegeben hat, sowie das Rezessionssignal für die US-Wirtschaft, das ich in der aktuellen Ausgabe meines Börsenbriefes Krisensicher Investieren, die am 19. Januar 2015 erschienen ist, ausführlich besprochen habe.

Dazu sollten Sie noch zweierlei wissen: Erstens sind bisher alle Rezessionen mit zyklischen Aktienbaissen einhergegangen. Zweitens sind Aktienbaissen, die von Rezessionen begleitet wurden, besonders heftig ausgefallen.

Rechnen Sie mindestens mit einer Halbierung des Weltleitindex S&P 500

Vor diesem Hintergrund sollten Sie sich mindestens auf eine Halbierung der Aktienkurse einstellen. Aufgrund der extrem starken Überbewertung der US-Börse, die sich zusammen mit den Rentenmärkten in einer gewaltigen Spekulationsblase befindet, sind sogar deutlich größere Kurseinbußen möglich.

Die meisten Anleger werden in den kommenden Monaten ein Déjà-vu-Erlebnis haben. Wie zuletzt im Jahr 2008 und zuvor am Neuen Markt werden sie auch jetzt wieder die Buchgewinne mehrerer Jahre schnell dahinschmelzen sehen und stattliche Verluste einfahren. Denn in einem Punkt gibt es an der Börse tatsächlich eine Garantie: Jedes Wertpapier muss zu jedem Zeitpunkt seiner Existenz von irgendeinem Anleger gehalten werden – im Extremfall auch dann noch, wenn es wertlos

geworden ist. Allem anderslautenden Geschwätz zum Trotz fließt nämlich kein Geld in den Aktienmarkt oder aus dem Aktienmarkt heraus. Die Aktien wechseln nur ihren Besitzer. Wer heute verkauft, hält Cash statt Aktien. Ihm steht zwingend ein Käufer gegenüber, der jetzt kein Cash mehr hält, sondern Aktien besitzt.

Bärenmärkte offerieren Ihnen phantastische Gewinnchancen

Rezessionen und Baissen gab es schon immer und wird es immer geben. Das können weder Sie noch ich noch irgendwelche aufgeblasenen Planwirtschaftler und Zentralbankbürokraten ändern. Sie gehören einfach dazu.

Eines aber können Sie tun: Sie können die Baisse an den Aktienmärkten zu Ihrem Vorteil nutzen und an fallenden Kursen Geld verdienen. [Wie genau, erfahren Sie in Krisensicher Investieren. Bestellen Sie noch heute – 30 Tage kostenlos.](#)

Früher oder später wird es an den Aktienmärkten zu einer Bearmarketrally kommen. Wenn Sie im Unterschied zu Krisensicher Investieren-Lesern noch nicht von fallenden Kursen profitieren, dann ist das Ihre große Chance. Nutzen Sie sie. Auch um Aktien abzustoßen, die Sie vielleicht noch in Ihrem Depot haben.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende und viel Erfolg an der Börse.

Ihr



Claus Vogt, Chefredakteur Krisensicher Investieren

P.S.: Während die Zeichen an den Börsen auf Sturm stehen, gibt Gold teilweise historische Kaufsignale, die wir in unserer aktuellen Krisensicher Investieren Themenschwerpunkt-Ausgabe ausführlich besprechen.

[Schützen und mehren Sie Ihr Vermögen und testen Sie noch heute KRISENSICHER INVESTIEREN 30 Tage kostenlos.](#)

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs Krisensicher Investieren.

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).

Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen?

Die steuerfinanzierten Orchester

Autor: Gotthilf Steuerzahler

Liebe Leserinnen und Leser,

Deutschland verfügt über eine große Orchesterlandschaft, die weitgehend aus Steuermitteln finanziert wird. Angesichts dieser Abhängigkeit stünde den Nutznießern dieses Systems ein wenig Bescheidenheit gut zu Gesicht. Aber das Gegenteil ist festzustellen, man lässt es sich auf Kosten der Steuerzahler gut gehen!

Alle Experten stimmen darin überein: Die deutsche Orchesterlandschaft ist in ihrer Dichte und Vielfalt im internationalen Vergleich einzigartig. Weltweit wird die Zahl der professionellen Berufsorchester mit klassisch-sinfonischer Besetzung auf rund 560 geschätzt. Fast ein Viertel davon - gegenwärtig über 130 - haben ihren Sitz in Deutschland. Da gibt es mehr als 80 Theaterorchester, welche in den Sparten Oper, Operette und Musical der Staats- und Stadttheater tätig sind. Weiterhin gibt es 30 Konzertorchester wie zum Beispiel die Berliner Symphoniker oder das Leipziger Gewandhausorchester. Hinzu kommen noch einige Kammerorchester sowie die Klangkörper der Rundfunkanstalten.

Die Eigenfinanzierung der Orchester ist bescheiden, sie liegt im Durchschnitt zwischen 10 und 20 Prozent. Bei sehr renommierten Orchestern sind die eigenen Einnahmen etwas höher und machen rund 30 Prozent der Gesamtkosten aus. Die großen Orchester der Kategorie A haben 99 und mehr Musikerplanstellen, die kleineren Orchester der Kategorie B verfügen über mindestens 66 Planstellen.

Spitzenhonorare für die Dirigenten

Erstaunlich, wenn nicht gar skandalös ist es, dass viele dieser Orchester, die von ihrer zahlenden Kundschaft nicht leben können, ihre Dirigenten geradezu fürstlich entlohnen. Spitzendirigenten, so konnte man vor einiger Zeit lesen, erhalten deutlich mehr Geld als der Oberbürgermeister der sie finanzierenden Stadt oder die Minister des betreffenden Bundeslandes. Genaue Zahlen werden aber nie genannt, da die sensiblen Künstler mit ihrem Weggang drohen, falls Einzelheiten ihrer Vergütung bekannt werden sollten. Und auf seinen Stardirigenten, der das Publikum wie ein Magnet anzieht, will ja niemand verzichten.

Einen kleinen Hinweis auf die in Rede stehenden Summen gab es allerdings vor einiger Zeit: Der Landtag eines süddeutschen Bundeslandes möchte im Vorfeld eingeschaltet werden, wenn die Jahresvergütung für einen Dirigenten, mit dem gerade Vertragsverhandlungen geführt werden, mehr als eine Million Euro betragen soll!

Eine Obergrenze bei der Honorierung war nicht durchsetzbar

Im politischen Raum wurde vor einiger Zeit erwogen, eine Gagenobergrenze für Spitzendirigenten einzuführen. Denn Zugeständnisse einer Stadt oder eines Bundeslandes bei den Honorarverhandlungen wirken sich in kurzer Zeit auch bei anderen Kultureinrichtungen aus. Bei den Spitzensolisten des Gesangsbereichs gibt es eine solche Gagenobergrenze, die auch zumeist eingehalten wird. Eine entsprechende Obergrenze für die Dirigenten kam jedoch nicht zustande. Auch der Hinweis darauf, dass die hohen Vergütungen für diesen Personenkreis in Deutschland ausschließlich von öffentlich finanzierten Theatern, Orchestern und Rundfunkanstalten gezahlt werden, konnte daran nichts ändern. So wird sich die aus dem Konkurrenzdenken der öffentlichen Kultureinrichtungen erwachsende Kostenspirale bei der Vergütung der Dirigenten weiterhin fortsetzen.

Geringe Auslastung der einzelnen Musikergruppen

Aber nicht nur dem künstlerischen Leitungspersonal der Orchester geht es gut, sondern auch die einfachen Musiker haben es sich in dem steuerfinanzierten Biotop bequem eingerichtet. Immer wieder wurde bei Überprüfungen festgestellt, dass die Auslastung der einzelnen Musikergruppen recht gering war. Häufig wurden nur zwei Drittel der tarifvertraglich vorgeschriebenen wöchentlichen „Dienste“ abgeleistet.

Unter einem „Dienst“ ist die Teilnahme an einer Orchesterprobe oder an einem Konzert zu verstehen. Die Musiker nutzen die gewonnenen Freiräume dann gewinnbringend und völlig legal für die Mitwirkung in anderen Ensembles oder für die Erteilung von Privatunterricht. Was kann ich dafür, werden sie sich sagen, wenn der Dirigent Stücke einstudiert, in denen mein Instrument nicht gebraucht wird. Aber auch die Streicher, die in jedem Orchester am häufigsten eingesetzt werden, kamen nur auf eine Auslastung von 70 - 80 Prozent.

Zusätzliche Aushilfsmusiker neben nicht ausgelastetem Stammpersonal

Die geringe Auslastung des vorhandenen Stammpersonals ist umso ärgerlicher, als bei den untersuchten Orchestern Hunderttausende von

Euro für zusätzliche Aushilfsmusiker ausgegeben wurden, ohne vorher zu prüfen, ob eigene Musiker zum Einsatz kommen könnten. Wie nicht anders zu erwarten, lehnten es die darauf angesprochenen Dirigenten ab, sich um eine stärkere dienstliche Inanspruchnahme des Stammpersonals zu bemühen. Entscheidend für den Einsatz der Musiker seien allein künstlerische Gesichtspunkte. Überlegungen zur Auslastung der vorhandenen Musiker dürften in einem hochrangigen Orchester keine Rolle spielen. Nun, wenn man nicht aufs Geld gucken muss, kann man sich eine solche Einstellung leisten.

Auch Bestrebungen, nicht ausgelastete Musiker unentgeltlich zwischen benachbarten Orchestern auszutauschen, waren nicht sonderlich erfolgreich. Die Entlastungen bei den Etats für Aushilfsmusiker wurden durch den entstehenden Koordinierungsaufwand wieder aufgezehrt.

Druck auf mehr Wirtschaftlichkeit bei den Orchestern

Bisher sind die Verantwortlichen in den Ländern und Kommunen nur vorsichtig an Reformen bei den von ihnen getragenen Orchestern herangegangen. Es gibt jetzt etwas mehr Druck auf eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit. Planstellen bei den Orchestern bleiben unbesetzt oder werden eingespart, es gibt Bestrebungen, Orchester zusammenzulegen oder zu verstärkter Kooperation zu bewegen. Auch soll der Anteil der Eigenfinanzierung erhöht werden.

Es hat sich aber gezeigt, dass sich die Einnahmen aus Spenden und Sponsoring trotz verstärkter Bemühungen nur in geringem Umfang erhöhen lassen. Anders als in Amerika sind hierzulande Sponsoren kaum bereit, eine Einrichtung wie ein Orchester kontinuierlich zu unterstützen. Es müsste sich in Deutschland eine viel größere Bereitschaft zum finanziellen Engagement für gemeinnützige Zwecke entwickeln als derzeit, damit Orchester wie in den USA weitgehend ohne Staatsgelder existieren könnten. Aber warum sollten sich finanzkräftige Privatpersonen oder Unternehmen in großem Stil als Sponsoren engagieren, wenn sie dafür kaum gesellschaftliche Anerkennung erhalten, vielmehr für Teile der Bevölkerung das Feindbild sind.

Der Rückhalt schwindet

Angesichts des Bedeutungsverlustes der klassischen Musik und der Überalterung des Opern- und Konzertpublikums schwindet in der Politik der Rückhalt für die subventionierten Orchester. Man kann gespannt sein, liebe Leserinnen und Leser, wie lange die deutsche Orchesterlandschaft im bisherigen Umfang bestehen bleiben wird. Die nächste Krise der Staatsfinanzen wird es zeigen, sagt nachdenklich

Ihr

Gotthilf Steuerzahler

Dieser Text stammt aus dem kostenlosen Newsletter [Claus Vogt Marktkommentar](#).

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs [Krisensicher Investieren](#).

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).

Gebt dem Staat, was des Staates ist – aber nicht mehr!

Gastbeitrag von **Frank Schäffler**

Die hessischen Minister Grüttner und Schäfer von der CDU und Al-Wazir von den Grünen haben kurz vor Weihnachten einen Vorschlag für die Verbesserung der Altersvorsorge in Deutschland präsentiert. Ein Deutschland-Fonds, in den alle einzahlen, soll die drohende Altersarmut in Deutschland beseitigen.

Größere Sparanstrengungen des Einzelnen sind tatsächlich notwendig. Der Grund ist, dass EZB-Präsident Mario Draghi den Zins vernichtet hat. Sparen in klassische Zinspapiere, in die überwiegend Lebensversicherungen investieren, sind nicht mehr lohnend. Die zehnjährige Staatsanleihe des Bundes rentiert seit Wochen unter 0,5 Prozent. Das ist besorgniserregend, weil es jungen Menschen die Lebensperspektive im Alter nimmt. Ein heute 30-Jähriger muss, wenn er zusätzlich 1.000 Euro Rente mit 67 bis zum 90. Lebensjahr erhalten will, einen Kapitalstock von 600.000 Euro aufbauen. Erzielt sein Sparvorgang in den nächsten 37 Jahren keine Zinsen, muss er dafür monatlich 1.400 Euro zur Seite legen. Wären es dagegen vier Prozent, würde seine monatliche Sparanstrengung bereits auf 580 Euro sinken. Letzteres ist für die Allermeisten schon sehr schwierig, Ersteres wohl unmöglich.

Der Vorschlag der drei Minister greift daher ein wichtiges Problem auf. Die Lösung ist jedoch viel zu staatsgläubig. So sollen die Arbeitgeber die Beiträge an die Deutsche Rentenversicherung abführen, und diese soll die Beiträge breit, auch in Aktien, anlegen. Schon daran muss man Zweifel hegen. Bislang war die Expertise der Deutschen Rentenversicherung in erfolgreicher Anlagepolitik überschaubar, hat sie doch im Umlagesystem das Geld, das sie eingenommen hat, gleich wieder ausgegeben.

Das Grundproblem der Altersvorsorge in Deutschland ist ihre Komplexität. Zahlreiche Durchführungswege in der betrieblichen Altersvorsorge hemmen Unternehmen, sich damit zu beschäftigen. Riester-Rente und Rürup-Rente sind für den Einzelnen ebenfalls komplizierte Produkte. Sie müssen verrechnet, eine Garantie der Beiträge versprochen und in der Steuererklärung bürokratisch veranlagt werden.

Eigentlich geht es immer nur um eine Frage: Wie viel darf der Sparer von seinem Ertrag behalten und wie viel muss er an den Staat an Steuern abführen? Das Grundproblem hat mit dem Steuerrecht zu tun und hier mit dessen Jährlichkeitsprinzip. Der Steuerbürger lebt immer nur vom 1. Januar bis zum 31. Dezember eines Jahres. Danach beginnt sein Leben neu, unabhängig davon, ob er sein Einkommen ausgibt – also konsumiert

– oder ob er den Konsum in die Zukunft verschiebt – also spart. Das kennen wir zeitlebens nicht anders.

Aber es ist dennoch falsch, weil es ungerecht ist. Es behandelt einen gleichen Sachverhalt, das Einkommen, ungleich und verzerrt damit Konsum- und Sparscheidungen der Bürger. Es darf eigentlich keinen Unterschied machen, ob Einkommen am 31. Dezember eines Jahres erzielt wird oder erst am 1. Januar des Folgejahres. Entscheidend sollte sein, was damit gemacht wird. Es am Konsum festzumachen, wäre daher konsequent.

Besonders deutlich wird dieser Sachverhalt bei langfristigen Sparvorgängen. Ein vereinfachtes Beispiel: Wer heute ein zu versteuerndes Einkommen von 40.000 Euro im Jahr hat und einmalig 1.000 Euro zur Seite legt, hat diesen Betrag bereits mit seiner Lohnsteuer versteuert (angenommen wird ein Steuersatz von insgesamt 25 Prozent). Hätte er es nicht versteuern müssen, weil er es nicht heute, sondern erst zu Beginn seines Ruhestandes in 40 Jahren konsumieren will, hätte er 1.333 Euro anlegen können. Wir unterstellen, er legt diese 1.333 Euro in langlaufende Staatsanleihen an und würde eine Verzinsung von drei Prozent pro Jahr erwarten.

In einer Welt ohne Steuern könnte er zu Beginn seines Lebensabends 4.349 Euro erwarten. Investiert er aus versteuertem Einkommen 1.000 Euro (1.333 Euro – 25 Prozent) und seine jährlichen Zinserträge von drei Prozent werden mit der Kapitalertragsteuer von 25 Prozent pro Jahr ($3 - 25 \text{ Prozent} = 2,25 \text{ Prozent}$) besteuert, dann hat er in 40 Jahren lediglich 2.435 Euro angespart. Die Differenz von 1.914 Euro sind seine gezahlten Steuern über 40 Jahre. Das entspricht einer steuerlichen Belastung von 44 Prozent. Hätte er heute konsumiert und nicht erst in 40 Jahren, so wäre seine steuerliche Belastung 25 Prozent gewesen. Der Staat fördert den heutigen Konsum und diskriminiert das Sparen.

Die Gerechtigkeitsdebatte fängt beim Steuerrecht an. Wie gespart wird, wann das Geld entnommen wird und wofür, sollte dem Einzelnen überlassen bleiben. Der Steuersatz sollte zu jedem Zeitpunkt gleich sein. Das wäre gerecht. Wer das bezweifelt, leistet Beihilfe zum heimlichen Diebstahl.

Frank Schäffler ist Geschäftsführer von [Prometheus - das Freiheitsinstitut gGmbH](#) in Berlin

Quelle: Auszug aus dem kostenlosen Newsletter des Börsenbriefes [Krisensicher Investieren](#)

